Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Der Minister

Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

18. 11. 2019

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Rechtsausschusses

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/2728

A14, A14/1

Aktenzeichen
2044 - IV. 19
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter: Herr Pauly
Telefon: 0211 8792-467

44. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 20. November 2019
Öffentlicher Bericht der Landesregierung zu TOP 19 „Kleiderkammer im Strafvollzug“

Anlage
1 Bericht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Rechtsausschusses übersende ich als Anlage einen öffentlichen Bericht zu dem o. g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Biesenbach

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211 8792-0
Telefax: 0211 8792-456
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw

Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen

44. Sitzung des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 20. November 2019

Schriftlicher Bericht zu TOP 19

„Kleiderkammer im Strafvollzug“

Am 25. September 2019 hat im Ministerium der Finanzen eine Besprechung mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Ressorts stattgefunden, bei der u. a. auch die Modalitäten der Beschaffung von Dienstkleidung für die Bediensteten des Allgemeinen Vollzugsdienstes erörtert wurden. Der Besprechung lag der sich aus dem Koalitionsvertrag ergebende Auftrag für die Landesregierung zugrunde, durch „ein intelligentes Beschaffungsmanagement einen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts zu erwirtschaften". Im Koalitionsvertrag heißt es hierzu u. a. wörtlich:

> „(...) Wir werden Prozesse in der Landesverwaltung optimieren und damit Ausgaben senken.
> Insbesondere werden wir ein **zentrales** Bedarfs- und Beschaffungsmanagement einführen und den Beschaffungsprozess professionalisieren. (...)"
> (Hervorhebung nur hier)

Auf dieser Grundlage wird gegenwärtig in der Landesverwaltung eine mögliche Zentralisierung der Beschaffung auch von Dienstkleidung - beispielsweise in den Bereichen der Polizei und der Justiz - geprüft. Da die Überlegungen hierzu noch am Anfang stehen, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder eine verlässliche Aussage zum Ausgang der Prüfung noch zur Höhe der ggf. zusätzlich zu veranschlagenden Haushaltsmittel gemacht werden.